



Gewerkschaft der Polizei:

## Tarifergebnis im öffentlichen Dienst auch auf die Beamten übertragen

Berlin, 16. Februar 2005

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert, das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. GdP-Chef Konrad Freiberg: „Auch die Beamtinnen und Beamten der Polizei haben einen Anspruch darauf, nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt zu werden. Deshalb muss die Bundesregierung den Tarifabschluss zeitnah und wirkungsgleich für den Beamtenbereich in ein Gesetz gießen.“

Wie die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, so die GdP, müssen auch die Beamtinnen und Beamten in den Genuss der jährlichen Einmalzahlungen in Höhe von jeweils 300 Euro, für Anwärter in Höhe von jeweils 100 Euro, bis 2007 kommen. Die Besoldung Ost soll in gleichmäßigen Schritten bis zum 1. Juli 2007 auf 97 Prozent des Westniveaus angehoben werden.

Freiberg: „Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst vom 9. Februar 2005 ist ein positives Signal für uns. Er ist Vorbild und Maßstab für die notwendige Weiterentwicklung des Beamtenrechts. Wir fordern die Länder auf, diese Reformschritte aufzugreifen, zu unterstützen und in ihrem Bereich umzusetzen.“

Auch die Gewerkschaft der Polizei appelliert an Bundes- und Landesregierungen, die Kürzungen und Streichungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld für die Jahre 2005 und 2006 zurückzunehmen und ab dem Jahr 2007 dem Tarifergebnis anzugleichen. Freiberg: „Damit würde einer Gleichbehandlung aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Rechnung getragen.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190